

Editorial

Arbeit, Wirtschaft, Finanzen – „Krise“ revisited

In den Jahren 2008 und 2009 befand sich die (Welt)Wirtschaft in einer schweren Krise. So überraschend Ausmaß und Tempo der Finanz- und Wirtschaftskrise waren, so unvorhersehbar war auch der Umstand, dass die deutsche Wirtschaft schon 2011 wieder auf Vorkrisenniveau boomte und die Banken (nach allem, was man weiß) so weitermachen wie zuvor. Auch wenn es weiterhin viele Hinweise auf eine krisenhafte Entwicklung gibt – von einer Krise ist mittlerweile keine Rede mehr.

Aber es ist nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009, die noch viele ungeklärte Fragen aufwirft: etwa zu den Ursachen, zum Verhältnis von Finanz- und Wirtschaftskrise, zur Dynamik von Boom und Krise u.a. Ebenso rar sind Einschätzungen zur gegenwärtigen Situation „nach(?) der Krise“; und auch das Verhältnis von längerfristigen (auch krisenhaften) Entwicklungstendenzen von Arbeit und dieser Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch weitgehend ungeklärt.

Die Beiträge des aktuellen Schwerpunktheftes „Arbeit, Wirtschaft, Finanzen – ‚Krise‘ revisited“ widmen sich daher aus verschiedenen (arbeits- und industriesoziologischen) Blickwinkeln dem Thema „Krise“:

Hildegard Maria Nickel (Humboldt Universität, Berlin) vertritt die These, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 weder alleine ökonomisch zu erklären noch als singuläres Ereignis zu verstehen ist. Nicht nur die Produktionsverhältnisse – wie sich eben jüngst an der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte – sondern auch die etablierten Arbeits- und Genderverhältnisse sind in der Krise. In dieser Krisenkonstellation sieht sie sowohl Risiken einer Re-Traditionalisierung, aber auch Chancen einer Demokratisierung. *Alexandra Scheele* (BTU Cottbus) fragt in ihrem Beitrag nach der Gender-Dimension der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie zeigt anhand des medialen Diskurses zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, dass JournalistInnen häufig „Geschlecht“ als zumeist stereotype Erklärungsvariable bei der Interpretation der Ursachen und Folgen der Krise heranziehen. Auch das politische Krisenmanagement war nicht frei von Geschlechterstereotypen. Folgen sind u.a., dass strukturelle Ursachen unter- und individuelle Faktoren überbewertet werden, und dass aufgrund der vor allem stereotypen Thematisierung von Geschlecht Alternativen in Richtung eines geschlechtergerechten und ökologischen Konjunkturprogramms keine Berücksichtigung fanden.

Stefan Kirchner, Ute Ludwig und Jürgen Beyer (Universität Hamburg) stellen in ihrem Beitrag die Frage, welche Effekte die Finanz- und Wirtschaftskrise auf betrieblicher Ebene entfaltet hat und welche langfristigen Folgen sich daraus ergeben. Die Ergebnisse einer Betriebsbefragung sowie von vier Fallstudien zeigen, dass nur in bestimmten Branchen ein starker Einbruch der wirtschaftlichen Lage zu verzeichnen ist, der wiederum 2010 fast bis auf Vorkrisenniveau ausgeglichen werden konnte.

Nach der Krise deutet sich kein umfassender organisatorischer Wandel an. Vielmehr wird die Krisenerfahrung als Bestätigung der eingeschlagenen Flexibilisierungsstrategien gewertet. *André Holtrup* und *Arne Klöpper* (Institut Arbeit und Wirtschaft, Bremen) fragen nach den – möglicherweise ja gegenläufigen – Auswirkungen zweier aktueller Krisendiskurse bzw. -entwicklungen auf das deutsche System der Arbeitsbeziehungen: zum einen die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Bearbeitung in korporatistischen Strukturen, zum anderen der seit längerem geführte Diskurs um den Fachkräftemangel. Sie zeigen zunächst, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu einem Machtverlust von Gewerkschaften und Betriebsräten geführt hat, sondern dass diese sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. Andersherum können Gewerkschaften und Betriebsräte aber aus dem Fachkräftemangel – und der damit verbundenen potentiellen Stärkung der Arbeitnehmerseite – bislang noch kaum politisches Kapital ziehen. Es fehlt, so argumentieren die Autoren an nachhaltigen arbeits- und beschäftigungspolitischen Strategien, die über die Absicherung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der qualifizierten Kernbelegschaften hinaus gehen. *Christian Ledig* (Humboldt Universität, Berlin) wirft ebenfalls einen Blick auf die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der Krise. Er stellt die Ergebnisse einer Untersuchung der Handlungsstrategien der Betriebsparteien eines großen Software-Unternehmens im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise dar. Er zeigt dabei, dass die Finanzkrise von der Geschäftsführung in eine Wirtschaftskrise „übersetzt“ und damit auch strategisch genutzt wurde – und dass die Arbeitnehmervertretung nicht nur gespalten war, sondern sich letztlich nur im Rahmen des so vorgegebenen Krisenszenarios bewegen konnte.

Der Artikel von *Norbert Huchler*, *G. Günter Voß* und *Margit Wehrich* (ISF München, TU Chemnitz, Uni Augsburg) greift die bei der Frühjahrstagung der Sektion geführte Diskussion über „Theoretische Perspektiven der Arbeits- und Industriesociologie: Traditionslinien und Herausforderungen“ wieder auf. Sie schlagen in ihrem Beitrag einen theoretischen Bezugsrahmen vor, mithilfe dessen sich die vielfältigen theoretischen Optionen und inhaltlichen Konzepte der Arbeits- und Industriesociologie miteinander verbinden und neu interpretieren lassen. Im Mittelpunkt ihres Ansatzes steht eine dynamische Heuristik sozialer Ordnungsbildung, die vier soziale Mechanismen – Markt, Herrschaft, Solidarität und Subjektivität – mit vier Ebenen – Gesellschaft, Organisation, Interaktion und Subjekt – verbindet. Diese Heuristik wird beschrieben und anschließend auf gegenwärtige Entwicklungstendenzen von Arbeit („Entgrenzung“, „Vermarktlichung“ und „Subjektivierung“) angewendet.

Für die HerausgeberInnen

Nick Kratzer